



GdP setzt 180 zusätzliche Beförderungsmöglichkeiten durch

Umsetzung der Maßnahmen zur Stärkung der Terrorbekämpfung

Im Zuge der Umsetzung von Maßnahmen zur Stärkung der Terrorbekämpfung werden 360 neue Stellen bei der Polizei geschaffen. Aufgrund der Verzögerung durch die dreijährige Ausbildung stehen die zusätzlichen Kolleginnen und Kollegen aber erst in drei Schritten von jeweils 120 Beamtinnen und Beamten in 2018, 2019 und 2020 zur Verfügung.

Kurzfristig muss die Polizei daher aus dem bestehenden Personal knapp 200 Stellen besetzen, die im Staatsschutz (90 LKA und 60 KPB) und im Bereich der Auswertung (48) geschaffen werden.

Die verbleibenden 160 zusätzlichen Stellen verteilen sich auf den Aufbau von drei neuen MEK (60) und die Stärkung des Personen- und Objektschutzes in den Kreispolizeibehörden (100).

GdP Forderung: Mehrbelastungen gerecht verteilen

Die Politik reagiert damit auf die veränderte Bedrohungslage. Die Stellenverlagerung führt dazu, dass es zu erheblichen Engpässen und einer weiteren Arbeitsverdichtung in allen Direktionen und auf allen Ebenen kommen wird. Für die GdP kommt es jetzt darauf an, dass diese Mehrbelastung gerecht auf alle Behörden verteilt wird.

GdP Forderung: Beförderungseingänge vermeiden

Um auch entsprechende Anpassungen der Führungsstrukturen vornehmen zu können, werden insgesamt 20 zusätzliche Stellen A12 und 30 zusätzliche Stellen A13 außerhalb der Funktionszuordnung geschaffen.

Die GdP hat durchgesetzt, dass diese Stellen bis einschließlich A10 durchgeschlüsselt werden, so dass insgesamt 180 zusätzliche Beförderungsmöglichkeiten im gehobenen Dienst der Polizei zur Verfügung stehen. Dadurch wird sichergestellt, dass es aufgrund der Verlagerung von Stellen zu keinem Beförderungseingang kommt.

GdP Forderung: Mehrbelastungen besser anerkennen

Zusätzliches Engagement und die Übernahme von Verantwortung müssen sich lohnen. Die GdP fordert daher weiterhin eine Überarbeitung der Erschwerniszulagenverordnung. Die Zulage für die Arbeit in SEK und MEK ist seit über 10 Jahren nicht mehr angepasst worden.

Kontakt

jan.velleman@gdp-nrw.de